



Zur Afrikapolitik des wieder zu kurz kommenden deutschen Imperialismus

Weil die deutsche Bourgeoisie im 19. Jahrhundert zu spät die politische Macht ergriffen, zu spät ihren Nationalstaat geschaffen, zu spät als politischer Machtfaktor auf die Weltbühne getreten ist, blieb sie bei der Aufteilung der Welt hinter den anderen imperialistischen Räubern zurück – die Welt war bereits aufgeteilt. Daraus resultierte die besondere Aggressivität des deutschen Imperialismus und das war der ausschlaggebende Faktor für den Ersten Weltkrieg.

Wenn heute ein deutscher „Entwicklungs“minister sagt, „Afrika ist der Wachstums- und Zukunftsmarkt vor der Haustüre Europas. Wir können und sollen diesen Zukunftsmarkt nicht den Chinesen, Russen und Türken überlassen“ (Gerd Müller, deutscher „Entwicklungs“minister), dann geht es wieder um die Neuaufteilung der Welt, um die Angst, zu spät und zu kurz zu kommen bei der Ausbeutung von Rohstoffquellen und Absatzmärkten. Während der politische und ökonomische Einfluss Frankreichs auf dem afrikanischen Kontinent nach wie vor stark ist und die Volksrepublik China in großen Schritten die Kontrolle anstrebt, spielt Afrika für den deutschen Außenhandel eine geringe Rolle. Das wollen die Vertreter des deutschen Kapitals ändern, aber die Neuaufteilung der imperialistischen Einflussphären ist in Zeiten des Imperialismus und der Weltwirtschaftskrise nur noch mit Krieg zu haben.

Diese Worte des deutschen Ministers sind also als Drohung zu verstehen: „Deutschland geht voran: Die Umsetzung des Marshallplans mit Afrikas Reformländern muss Grundlage einer neuen Afrika-Offensive werden.“¹ An der militärischen „Afrika-Offensive“ sind die Deutschen schon einmal gescheitert, deshalb werden zunächst andere Mittel gesucht: Sogenannte Hilfs- und Entwicklungsprogramme wie der „Marshall-Plan mit Afrika“ oder die „Compacts with Afrika“ dienen nicht der eigenständigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der afrikanischen Staaten (sie richten sich nur an „reformfreudige“, also unterwürfige Länder), sie sollen diese für den Kapitalexport öffnen, ihnen Steuererhöhungen und eine verschärfte Ausplünderung der Werktätigen aufzwingen, sie sollen den Zugriff auf Rohstoffe und Absatzmärkte sichern.

„Deutsche Unternehmen sollten afrikanische Märkte zur Chefsache erklären“, sagt folgerichtig der deutsche Minister Gerd Müller. Einstweilen hat die Bundesregierung Afrika schon mal zur Chefsache erklärt: Sie treibt die Waffenexporte voran, sie fördert den Bau von Lagern – ein wahrhaft deutsches Geschäft – und damit den Sklavenhandel, und die Bundeswehr wird zur Wahrung deutscher Wirtschaftsinteressen entsandt.²

Den humanitär verbrämten Lügen des deutschen Kapitals glauben wir kein Wort. Wenn die Herren Europas von „Menschenrecht“ und „Freiheit“ reden, meinen sie ihr eigenes Recht, jeden und alles auszubeuten.

Den Ausgebeuteten und Unterdrückten der Welt, auf deren Elend der relativ hohe Lebensstandard in Deutschland beruht, sagt der Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier: „Bleibt zu Hause!“ Und damit den Ruf auch jeder hört, werden sogenannte „Migrationszentren“ errichtet, werden die Repressionsorgane der nordafrikanischen Staaten und die Mörderbande Frontex hochgerüstet, werden die Grenzen dichtgemacht, wird Jagd auf Menschen gemacht.

Eine wirkliche „Hilfe für Afrika“ müsste bedeuten: Volle Entschädigung für die deutschen Kolonialverbrechen! Schluss mit der Einmischung in innere Angelegenheiten und der Unterstützung reaktionärer Regime! Schluss mit deutschen Waffenexporten und Kriegseinsätzen der deutschen Armee! Schluss mit der Ausbeutung der Werktätigen Afrikas durch deutsche Monopole!

„Europas Schicksal und Zukunft entscheidet sich auf dem afrikanischen Kontinent“, sagt der deutsche „Entwicklungs“minister. Wir sagen: Die Zukunft Europas entscheiden die Völker Europas. Es wird die Zeit kommen, in der wir über das Schicksal der Ausbeuter und Kriegstreiber entscheiden und die werktätige und lernende Jugend ihre Zukunft selbst in die Hand nimmt, in der wir eine Welt ohne Ausbeutung und Grenzen errichten.

Nur die sozialistische Revolution kann das Elend in Europa und in Afrika beenden. Die nationalen Befreiungsbewegungen in Afrika schwächten den Imperialismus, wie ebenso der sozialistische und volksdemokratische Aufbau in Teilen Europas die Ausgangsbedingungen der afrikanischen Völker verbesserte. Weil wir – u.a. in der Deutschen Demokratischen Republik – den Kampf eingestellt und diese Errungenschaften aufgegeben haben, kann die Barbarei des Imperialismus wieder unbeschränkt wüten.

Eine wirklich internationalistische Hilfe für die Völker der Welt ist unsere Kampfansage gegen den deutschen Imperialismus!

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Arbeitsgruppe Internationales
beim Zentralrat der Freien Deutschen Jugend
Dezember 2017

¹ Nachtrag aus dem Koalitionsvertrag der deutschen Bundesregierung (Februar 2018): „Wir wollen mit einer kohärenten Afrika-Strategie die Zusammenarbeit mit Afrika auf allen Ebenen ausbauen. Wir unterstützen einen Marshall-Plan für Afrika, um die Afrikanische Union bei der Umsetzung der Agenda 2063 zu unterstützen. Wir wollen das Außenwirtschaftsförderinstrumentarium, insbesondere in Bezug auf neue Märkte und mit dem Schwerpunkt Afrika, weiterentwickeln.“

² Nachtrag aus dem Koalitionsvertrag der deutschen Bundesregierung (Februar 2018): „In keiner Region der Welt zeigen sich die Veränderungen der internationalen Politik so drastisch wie in Afrika. Die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Staaten Afrikas ist eine zentrale Aufgabe unserer Zeit. Es liegt in unserem eigenen wirtschaftspolitischen, sicherheitspolitischen und migrationspolitischen Interesse, zu einem Abbau des Entwicklungs- und Wohlstandsgefälles beizutragen. ... Aufbauend auf den Weichenstellungen der vergangenen Legislaturperiode müssen wir durch entschlossene, weitreichende Maßnahmen in zentralen Bereichen unsere – deutschen wie europäischen – Handlungsansätze ausbauen: mit neuen Ansätzen für gute Regierungsführung, für den Auf- und Ausbau der afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur, bei der Förderung von nachhaltigen und entwicklungsfördernden Privatinvestitionen, dem Aufbau der Infrastruktur, unserer Unterstützung im Bildungssektor und bei der Schaffung menschenwürdiger Arbeit sowie bei der Förderung im Bereich der Sicherheitssektoren.“